

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Pariser Echo der Regierungserklärung.

Paris, 15. August. (Eca.) Abgesehen von einigen extrem-nationalistischen Blättern, lassen die Kommentare der Pariser Morgenblätter zu der Regierungserklärung des neuen deutschen Kanzlers eine wesentliche Entspannung der politischen Lage auf dem Kontinent voraussehen.

So dröhrt der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“: Um die Rede Stresemanns nach ihrem richtigen Wert zu beurteilen, ist es notwendig, sie mit den herausfordernden Erklärungen seines Vorgängers zu vergleichen. Die Regierungserklärung vermeidet Worte, wie „Krieg“ usw., die so oft in den letzten Monaten gebraucht wurden. Man spricht nicht mehr davon, daß der passive Widerstand nicht aufhören würde, selbst wenn die Berliner Regierung Befehl dazu gäbe. Die Franzosen werden nicht mehr als Barbaren behandelt, und die Liste der angeblichen französischen Verbrechen wird nicht mehr aufgezählt. Das sind feststehende

Beweise für die Absicht Stresemanns, den Ruhrkonflikt zu regeln.

Trotz der moralischen Stütze, die die Londoner Regierung Deutschland gegeben hat, kann man in der Rede Stresemanns die Erklärung feststellen, daß nichts irrfinniger wäre, als die englische Note zur Grundlage für eine Politik der Lethargie zu nehmen. Es scheint also, daß das neue Kabinett geneigt sei, keine übertriebenen Hoffnungen auf England zu gründen. In bezug auf das Ruhrgebiet wandte der Kanzler mehrere Male das Wort „zur Verfügung stellen“ an, um damit die Form zu bezeichnen, in der Deutschland das Ruhrgebiet wiedergegeben werden würde. Es scheint, daß das neue Kabinett einen Ausweg aus dem Ruhrkonflikt sucht, eine Rückkehr zu der unsichtbaren Befehlskette, die Deutschland das Ruhrgebiet wieder „zur Verfügung stellen“ würde. Das Programm der deutschen Regierung und die gemäßigte Form, in der es vorgetragen wurde, bedeute einen Fortschritt.

Auch die übrige Presse bemüht sich in der Mehrzahl, aus der Rede des Reichskanzlers das herauszufischen, was zu einer Entspannung der Lage beitragen kann. Die Ausführungen des neuen Reichskanzlers, meint das „Petit Journal“, hätten diejenigen enttäuscht, die den neuen Kanzler als einen zähen und geschmeidigen Geist dargestellt hatten, der allerdings zunächst als ebenso guter Deutscher erscheinen müsse, als sein Vorgänger. Man müsse unterscheiden, was der deutsche Reichskanzler den Kommunisten zugerufen habe, daß die Demokratie die Herrschaft der Wahrheit und nicht Diktatur einer Minderheit bedeute. Es gäbe also in Deutschland nunmehr (!) Leute, die es wagten, offen zuzugeben, daß sie Demokraten seien. Seine kurze Rede, die einen geschickten Staatsmann erkennen lassen, sei, von den Kommunisten abgesehen, mit einstimmigem Beifall aufgenommen worden. Das müsse der französischen Regierung zeigen, daß sie

einem starken ernsthaften Gegner gegenüber

sei, dem sie mit größter Vorsicht begegnen müsse. Aber es gäbe kein Beispiel dafür, daß ein intelligenter Mensch sich hochbeinig gemeigert habe, das gute Recht (!) seines Gegners anzuerkennen.

Im „Petit Parisien“ schreibt Philipp Millet, es scheine, als ob die Aenderung in der deutschen Politik nicht so bedeutend sei, wie man vorher angenommen habe. Die Ausführungen Stresemanns könnten wohl Anlaß zu der Schlussfolgerung geben, daß er bemüht sein werde, die Haltung Deutschlands in der Ruhrfrage zu ändern. Von seiner ersten Kanzlerrede habe man nicht den Eindruck, als ob er dies bereits jetzt tun werde. Man dürfe sich hierüber nicht wundern. Tatsache sei, daß Stresemann weder mühtender Gegner der Großindustriellen noch entschlossener Anhänger einer Annäherung, sei es mit Frankreich, sei es mit England. Die Ursache dafür, daß die

Ausführungen Stresemanns nicht ganz so zufriedenstellend ausgefallen

sind, wie man ursprünglich hoffte, sieht Millet ebenso wie eine Reihe anderer Kritiker in der englischen Note, die die neue deutsche Regierung in der Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes bestärkt habe.

Auch der „Matin“ macht den Einfluß der letzten englischen Note auf die Regierungserklärung des neuen Kabinetts zum Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Stresemann, schreibt das Blatt, will die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung einem internationalen Gerichtshof unterbreiten. Die Folge wäre, daß Deutschland, wenn ein internationaler Gerichtshof die Ruhrbesetzung für rechtmäßig erklären würde, die Befehlskette anerkennen müßte. Stresemann habe aber an anderer Stelle erklärt, daß man Deutschland das Ruhrgebiet zurückgeben müsse, damit es die notwendigen Mittel zur Regelung der Reparationen vereinen könne. Deutschland werde also nicht Wiedergutmachungen leisten, sondern im Ruhrgebiet bleiben, selbst für den Fall, daß ein internationaler Gerichtshof die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung anerkennen würde. Wozu denn dann also der Gerichtshof?

Die Gesamtauffassung der französischen Presse kann aber im großen und ganzen in dem Satz des Berliner Korrespondenten des „Journal“ zusammengefaßt werden, der seinem Blatt als Hauptgedanke der Stresemannschen Ausführungen dröhrt: Es ist sicher, daß Stresemann nicht beabsichtigt, die Brücke zwischen Berlin und Paris abzubauen.

## Die Ungefährlichkeit der Ruhrbesetzung.

London, 15. August. (CP.) Die Zeitungen veröffentlichen eine offiziöse Note, in der erklärt wird, daß die englische Regierung schon früher auf die Ungefährlichkeit der Besetzung der Ruhr hingewiesen habe, insbesondere in einer Unterredung, die Lord Curzon am 11. Juni mit dem französischen Botschafter in London hatte. Curzon habe lediglich gesagt, daß die legale Seite der Ruhrfrage damals noch keine überwiegende Bedeutung gehabt hat. Der französische Botschafter habe geantwortet, daß die Besetzung der Ruhr von der Mehrheit der Reparationskommission zurückgewiesen worden sei. Hierauf habe Curzon gesagt, daß dieses Argument nicht stichhaltig sei. Die Reparationskommission habe wohl das Recht gehabt, zu dieser Frage

einen Beschluß zu fassen, jedoch hätte dieser Beschluß einstimmig angenommen werden müssen.

Paris, 15. August. (W.D.) Während alle Blätter mit den in der erfolgten Veröffentlichung ausgeführten Argumenten gegenüber der englischen Note an der Legalität der Ruhrbesetzung festhalten, vertritt der „Populaire“ eine andere Ansicht, indem er erklärt: Wir Sozialisten sehen nicht auf dem Vertrage, dessen meiste Klauseln wir ablehnen. Aber eins scheint uns ohne Frage: Wenn die alliierten Regierungen schon im Jahre 1919 bei der Abfassung des Friedensvertrages die Möglichkeit einer Besetzung des Ruhrgebiets ins Auge gefaßt hätten, was unendlich schwerwiegend gewesen wäre, so wäre dies sicherlich in einem besonderen Paragraphen des Vertrages mit ganz genauen Ausdrücken festgelegt worden. Die englische Auffassung bezüglich dieses Punktes scheint uns also den Geist des § 18 unendlich viel richtiger auszulegen als die französische These.

## Währungsfragen Frankreichs.

Paris, 14. August. (Eca.) Das Havasbureau hat gemeldet, daß eine große Anzahl Londoner Blätter in ihrem Handels- und Finanzteil der Meinung Ausdruck geben, daß ein diplomatisches Schlussabkommen über die Reparationsfrage, das von der ganzen Welt gebilligt werden würde, in kurzer Zeit die Stabilität des französischen Frankens herbeiführen könnte, daß aber, wenn Poincaré seine gegenwärtige Politik fortsetze, auch der französische Frankens in seinem „schwindelerregenden Sturz“ nicht aufgehoben werden könne. Der Kurs des Pfund Sterling erreichte denn auch auf der heutigen Pariser Börse den Rekordstand von 83,29, der sich an der Nachbörse zeitweilig auf 83,60 steigerte, um schließlich mit 83,45 zu schließen. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß aus Anlaß des morgigen hohen katholischen Feiertages die Börse „Englische Woche“ machte, und infolgedessen die Kursbewegung sich nicht völlig auswirken konnte.

## Die erste Kabinettsitzung.

Nachdem das Kabinett Stresemann gestern das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen bekommen hatte, hielt es heute vormittag um 11 Uhr seine erste Kabinettsitzung ab. Zur Beratung stand die Ernährungsfrage, zu deren Besserung sofort energische Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Der Presseschef der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Heilbron, hat dem Reichskanzler Stresemann, wie üblich, sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat den Reichspresseschef jedoch gebeten, sein Amt vorläufig noch einige Tage weiterzuführen, da ein Nachfolger bis zur Stunde noch nicht gefunden ist.

## Rasche Arbeit.

### Beratungen im Reichsfinanzministerium.

W.D. meldet: Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hülserding eine Besprechung der Landesfinanzpräsidenten und der Präsidenten der Abteilungen für Vorschlag- und Verkehrssteuern über die Durchführung der neuen Steuererlasse statt. Der Minister wies in seiner Ansprache auf den Ernst der Lage hin, die rasches, entschlossenes Handeln erfordert. In der Aussprache wurden die einzelnen Steuerbestimmungen nach ihrer steuerrechtlichen Seite hin eingehend erörtert und Richtlinien für die gleichmäßige Durchführung festgestellt. Bei sämtlichen Vertretern der Finanzverwaltung kam der Gedanke zum Ausdruck, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelingen müsse, die demnächst fällig werdenden Steuerbeträge noch in diesem Monat in die Finanzkassen zu leiten.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist zu Studienzwecken nach Sowjetrußland über Riga abgereist.

Unterzeichnung der Meerengenverträge. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge hat der russische Gesandte in Rom, Jordanoff, den Vertrag über die Meerengen unterzeichnet.

## Dollar 2400000!

Die heutige Börse schloß sich der aus New York gemeldeten höheren Bewertung der Mark weiter, wenn auch nur zögernd, an. Im allgemeinen ist man der Meinung, daß die dortigen höheren Marktkurse nicht mehr, wie noch vor einigen Tagen, allein der Materialknappheit infolge des Markverkaufsverbots zuzuschreiben sind, sondern daß man der Mark als Wertmesser wieder erhöhte Bedeutung schenkt, wozu auch die Nachrichten von der günstigen Beurteilung beitragen, die das neue Kabinett nicht nur im Inlande, sondern auch in dem überwiegend größten Teil der ausländischen Presse, selbst der französischen, erfährt. Gegen 10 Uhr wurde der Dollar noch mit 2400000 M. gesprochen und gegen 12 Uhr hörte man im freien Verkehr einen Kurs von 2400000 bis 2600000. Umso mehr fanden aber kaum statt, da Material so gut wie gar nicht im Freiverkehr herauskam. Geschmärtelt werden die günstigeren Aussichten für die Mark durch die einstweilen immer noch nötige Vermehrung des Papiergeldumlaufs. Von den neuen Steuern verspricht man sich in dieser Beziehung einige Erleichterung, doch ist man der Ansicht, daß dieser Faktor keineswegs überschätzt werden darf und daß man die weitere Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Lage abwarten müsse. Amtlich wurde das englische Pfund mit 12400000 M. notiert. Die Lage des Geldmarktes erscheint etwas flüssiger. Tägliches Geld ist mit 1 Proz. zu haben.

## Sabaths Dolchstoß.

„In den Gewerkschaften gilt es zu arbeiten, damit nicht Leute vom Schlage Sabaths die Hand zum Dolchstoß erheben.“ (Karl Fischer in der Versammlung der kommunistischen Betriebsräte.)

Wenn Feldherrn eine Schlacht verlieren, dann sind sie niemals selber schuldig, sondern wissen Schuldige zu finden. Wenigstens bei uns zu Lande, in Deutschland, pflegt das so zu sein. Wo Ueberlegung und nüchterne Selbstkritik fehlt, wo man zu ihr nicht willens oder nicht fähig ist, da findet sich rechtzeitig die Legende vom Dolchstoß ein. Das war bei Ludendorff so, das ist bei den Kommunisten so. Vernichtend ist ihre Niederlage, um so heftiger reifen sie gegen den Dolchstößler Sabath, gegen die Gewerkschaftsbureaucraten und gegen die „feigen Massen“, die sich noch nicht zum kommunistischen Heldentum der Zerstörung aufgeschwungen haben.

Vor Tische las man's anders. Am Freitag noch, als der „Generallstreik“ noch nicht ausgerufen war, versicherte Karl Fischer den verammelten Gewerkschaftsbözen, daß sie „keine Ahnung hätten, wie es in den Betrieben aussehe, daß die Bewegung über ihre Köpfe hinweggehen werden“, und ihr Pendant Maslow unterstrich diese interessante Feststellung: „Nämlich über eure hohlen Köpfe hinweg“. Wie hoch diese Einsicht zu bemerken ist, haben die Ereignisse ja wohl zur Genüge gezeigt. Es wäre immerhin einiges gewonnen, wenn man hoffen könnte, daß in solch erleuchteten Köpfen die Einsicht wachsen würde, daß es ohne die „hohlen Köpfe“ doch nicht ganz geht und daß bei aller „Niedertracht“ der verhassten reformistischen Führer sich die kommunistischen Strategen es doch reistlicher überlegen sollten, Kämpfe anzuzetteln, die sich nicht gegen das Bürgertum, sondern gegen Arbeiter richten. Aber war von solcher Einsicht auch nichts vom Streik, nichts während des Streiks zu spüren, so zeigen auch die Rückzugspamphelete von heute keine Aenderung. So typisch wie die Parikade gegen fahrende Straßenbahnen, die Stoßtrupps zur Stilllegung lebenswichtiger Betriebe für das anarchoistische Denken der linken Kommunisten sind, die in der Bewegung vollständig Oberwasser hatten, genau so engstirnig bleibt die kommunistische Zentrale in ihrem Streikabbruchsauftrag. Auf Lügen und Unwahrheiten kommt es nicht an. Mit Lügen, falschen Nachrichten trieb man Arbeiter in den Streik. Man erzählte Märchen von dem ganzen Deutschland, das in Flammen stünde. Genau so erzählt man jetzt, daß der Streik auf der vollen Höhe der Bewegung abgebrochen sei. Niemand weiß natürlich so gut, wie die Zentrale der KPD, daß er niemals auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hatte, daß er selbst in den wenigen Betrieben, in denen die Gewalt für einen Tag sich durchgesetzt hatte, erledigt war, als man endlich sich entschloß, selber unter die Bremsen zu gehen.

Die spontane Massenbewegung war, die die KPD inszenierte, jetzt nicht nur das offene Bekenntnis, daß die KPD diesen Streik „geführt und durchgeführt“ habe, sondern auch die offene Darlegung der Technik der Bewegung. Ganz im Stile des seligen Märzputsches von 1921, den Brandler vorbereitete, um dann vom Richter ihn so tapfer zu verleugnen, bekennt man auch hier, daß man es auf die entscheidenden Punkte abgesehen habe. Das „Verfägen“ der Eisenbahner wird als entscheidend hingestellt. Man hoffte ja nicht auf einen Generallstreik, wie er in dem Abwehrkampf gegen den Kapp-Putsch zustande kam, man wollte durch Verlegung des Verkehrs, durch Abschneiden des Stroms die Arbeiter zwingen, wiewohl von der Arbeit ferngehalten. Die alte schöne Theorie von der „Vorhut“ erlebte ihre früheste Urstunde in dem Versuch, mit Hilfe kleiner Minderheiten in lebenswichtigen Betrieben die gesamte Arbeiterchaft von der Arbeit fernzuhalten und in Verwirrung und Not im trüben fischen zu können.

Diese Taktik bedarf keiner Charakteristik, theoretisch — wenn es den Kommunisten schlecht ging — sind sie selber von ihr abgerückt. Praktisch verfallen sie, wie die Erfahrung dieser Tage gezeigt, immer wieder in sie zurück und werden dadurch zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterchaft. So wie jetzt die Dinge liegen, werden sie zudem gezwungen sein, diese Taktik weiter auszubauen. Darauf deutet schon die Ankündigung des Ausbaues der Betriebsräteorganisation hin.

Die Not der Arbeiterchaft ist der Boden, auf dem diese Taktik möglich ist. Aber die Drahtzieher dieser Bewegungen sitzen wo anders. Nicht umsonst begrüßte Paul Frölich die Regierung Stresemann als „Regierung der Kapitulation vor Poincaré“ und jammert die „Rote Fahne“ in ihrem Ausruf darüber, daß „das Bündnis mit Sowjetrußland nicht erreicht sei, das allein geeignet sei, den innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands ein Ende zu bereiten“. Dieses Geschrei von der „Kapitulation“ hat ebenso sehr keinen Sinn, wie die wohlüberlegte Zurückhaltung der Deutschösterreichischen während des Streiks, die jetzt ihren Kampf gegen die neue Regierung mit Jitaten aus der „Roten Fahne“ begleiten. Die Niederlage im Streik traf nicht allein die KPD, sie traf nicht weniger die verbrochene Wegelagerer, die einen Erfolg kommunistischer Streiks gebrauchen, um selber auf dem Plan zu erscheinen und das Erbe anzutreten. Die Dolchstößler haben diesmal Ludendorff nicht weniger getroffen wie Kadel. Und an der Diszipliniertheit, an der politischen Einsicht und Besonnen-



heit der überwältigenden Mehrheit der Arbeiterschaft, auf die wir Dolchstoßler uns stützen, werden die Etappenkrieger auch beim nächsten Vorstoß scheitern.

Keine Stunde freilich darf verloren gehen, um die Werbearbeit für den Gedanken des Sozialismus und der Demokratie aufzunehmen, der in schwerster Stunde seine Fruchtbarkeit so glänzend erwiesen hat.

### Streikzusammenbruch in Mitteldeutschland.

Halle, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Streikbewegung in Mitteldeutschland ist heute so gut wie zusammengebrochen. Die stärkste Hoffnung der Kommunisten, die Bergarbeiter, sind zuerst von den Moskauer Parolen abgerückt. Heute früh sind fast sämtliche Schächte der Mansfelder u. G. in Betrieb gesetzt worden. Heute abend, spätestens morgen früh, beginnt die allgemeine Wiederaufnahme der Bergarbeit im gesamten mitteldeutschen Bergrevier. Die Führer der freien Gewerkschaften sind bereits, um die Bergarbeiter vor Schädigungen zu bewahren, mit den Arbeitnehmern in Verhandlung darüber getreten, daß Maßregelungen nach Möglichkeit nicht stattfinden werden. Der Bergarbeiterstreik in Jech ist nicht auf kommunistische Parolen, sondern darauf zurückzuführen, daß die Zechenbesitzer unverhältnismäßig sämtliche Vorkasse vom Lohn abzogen, so daß die meisten Arbeiter mit einem Wochenlohn von kaum 1 Million nach Hause gehen mußten. Daher die ungeheure Erregung. Der Streik der Jecher Bergarbeiter stellt sich also lediglich als ein Verzweiflungsschrei dar. Die Parolen der Kommunisten werden mit überwältigender Majorität abgelehnt. Auch im Jecher Revier ist für morgen früh mit der Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen. Die Bergarbeiter haben nur die Absicht, am Tage der Beerdigung der zehn Todesopfer die Arbeit ruhen zu lassen. Die blutigen Zwischenfälle in Jech sind entgegen früheren Darstellungen darauf zurückzuführen, daß Hakenkreuzler in Gemeinschaft mit dem syndikalistischen Spießmeister aus Magdeburg die Bergarbeiter von Meuselwitz, entgegen den Parolen der Gewerkschaftsführer, direkt in die Gewehre der Schupo-Beamten hineingetrieben haben.

In Halle a. d. S. ist die Streikstimmung gleichfalls im Abflauen. Eine gestern im Volkspark von circa 20 000 Personen besuchte Versammlung nahm die Referate der kommunistischen Streikführer mit einiger Ruhe, ohne jede Beifallsbezeugung, auf. Auch die heute früh von Kommunisten verübte Stilllegung der Straßenbahn schickerte an dem entschlossenen Widerstand der halleischen Straßenbahn. Auch in Halle, wo heute zu einem erheblichen Teil in den Privatbetrieben schon gearbeitet wird, rechnet man für morgen früh mit allgemeiner Arbeitsaufnahme. Die Erregung gegen die Kommunisten innerhalb der Arbeiterschaft ist außerordentlich stark, so daß damit gerechnet werden kann, daß zukünftig die Parolen der Kommunisten auch von ihrer bisherigen Anhängererschaft nicht mehr befolgt werden.

### Die Opfer der Hez.

Am Montag und Dienstag gab es in verschiedenen Städten des Reiches erhebliche Unruhen und solange die unüberbrückte Kluft zwischen dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger und den Lebensmittelpreisen noch gähnt, kann auch Beruhigung nicht eintreten.

An verschiedenen Orten jedoch trieb die stuchbeladene Butschhe der Kommunisten, Syndikalistischen usw. und vielleicht auch ihrer rechtsradikalen Gegenpieler Unbesonnenheit zu direkten Aktionen, wie Entlassung von Polizeibeamten, Angriffen auf öffentliche Gebäude und auf die staatliche Ordnungsmacht. Dabei sind schwere Opfer an Leben und Gesundheit zu verzeichnen, die wieder einmal das „radikale“ Vexierbild belasten.

So wurden in Wachsen Barmen mehrere Personen getötet, in Hamburg fünf Arbeiter getötet, etwa 20 Polizeibeamte und Arbeiter verwundet. Im nahen Wilhelmshagen vier Menschen getötet und etwa 50 verletzt, in Senftenberg gab es drei Tote und 14 Verletzte.

Wo Plünderungen und Zwangsverkäufe begonnen, hat der Handel aufgehört — es gibt also gar nichts. Wegen des kommunistischen Terrors gegen die Arbeiter sind die großen Farbwerke in Köln-Leverkusen geschlossen worden.

### Die Wachsen Plünderungen.

Wachsen, 15. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern abend gegen 9 Uhr gelang es den Plünderern, in das Warenhaus Tieg einzudringen und größere Mengen Konjerven und andere Lebensmittel zu rauben. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei wurde ein junger Mann durch Kopfschuß getötet. In einem anderen Lebensmittelge-

schäft in der Großen Kölnstraße schob ein Geschäftsinhaber auf die das Geschäft bestürmende Menge. Ein junger Mann wurde verletzt. Darauf drangen die Plünderer in das Geschäft ein, raubten es aus und zertrümmerten das Mobiliar vollständig. Die Polizei konnte nur in den wenigsten Fällen eingreifen. Die Straßenbahnen, die gestern wegen des Proteststreiks stilllagen, verkehren seit heute wieder. Die Stadt hat einen Lebensmittelfreidit für die Kleinbändler in Höhe von 20 Milliarden bewilligt.

Breslau, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Unruhen in Schlesien haben sich gestern nicht mehr wiederholt. Sowohl in Oberschlesien wie in den unruhigen Gebieten Mittelschlesiens ist eine Entspannung eingetreten. Die kommunistische Streikparole hat nirgends in Schlesien Erfolg gehabt, sondern wurde mit besonderer Schärfe dort abgelehnt, wo in Gewerkschaftsversammlungen die Arbeiter selber dazu Stellung nahmen.

### Wie's gemacht wird.

Uns wird geschrieben: In Fürstentum a. d. Spree, einer Stadt mit 27 000 Einwohnern, ist es den Kommunisten am Montag gelungen, die Arbeiter aus den Betrieben mit den bekannten Mitteln herauszuführen. Es wurde die Mäz verbreitet, ganz Deutschland stehe im Generalstreik. Über 6000 Arbeiter befinden sich im Streik. Obwohl unsere Genossen den Kommunisten an Zahl weit überlegen, die Stadt einen sozialdemokratischen Bürgermeister und eine sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit besitzt, haben sich unsere Genossen von den Kommunisten einschüchtern lassen und machen, wenn auch widerwillig, den großen Unfug mit.

Das ist die Methode, mit der die Kommunisten überall die Streiks inszenieren, den Zwiespalt in der Arbeiterschaft vertiefen und im Endeffekt nur die Arbeiter um ihren Lohn bringen. Das Beispiel zeigt aber auch, daß an manchen Orten eine ganz andere Energie nötig ist, und daß diesen Leuten von vornherein energisch entgegengetreten werden muß.

### Forderungen der Kölner Gewerkschaften.

Köln, 14. August. (Rth.) Eine Vertreterversammlung der Kölner freien Gewerkschaften nahm heute einstimmig eine Entschließung an, in der am Reichstag die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen durch Gesetz gefordert wird:

1. Einführung einer wirklich wertbeständigen Entlohnung;
2. Automatische Anpassung der Sozialversicherung und Wohlfahrtspflege an die Geldentwertung;
3. Schärfste Geldbestrafung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zur Deckung aller Staats- und Gemeindeausgaben;
4. Sicherstellung aller Lebens- und Bedarfsartikel, sowie Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Getreide, Brot, Milch und Zucker über das nächste Jahr hinaus;
5. Befristete Sicherung zur Einschränkung des Verkaufs und Schließung der Betriebe;
6. Schaffung von Organen zur Überwachung der Preispolitik der Industrie, der Syndikate und des Großhandels.

Der Polizeipräsident wird zur Zusammensetzung von Helfern aus den Kreisen der Gewerkschaften zur Unterstützung der Wucherpolizei aufgefordert.

### Sowjetkreuz und Hakenstern.

#### Reventlow gibt Nadel Vorschriften.

In seiner „Reichswarte“ setzt der bekannte U-Boot-Croaf Reventlow die freundschaftliche Aussprache mit den Kommunisten über die Kooperation von Sowjetstern und Hakenkreuz fort. Allerdings macht er einige sehr erhebliche Einschränkungen, die er vorsichtigerweise den Lesern der „Roten Fahne“ nicht vorgelegt hat.

Er versichert, daß er bei den Kommunisten drei verschiedene Gruppen fand: 1. Idealisten, die als deutsche Weltverbesserer alles mit dem Strahl der eigenen Hoffnung vergolden; 2. Deutsche, die meist von der Sozialdemokratie kamen; 3. Juden, die die politische Führung haben, wie in Sowjetrußland und jetzt die russische proletarische Diktatur und die jüdische Internationale auch auf Deutschland übertragen wollen. Anschließend daran führt Reventlow fort:

Daß es in diesen Fragen eine Einigung, eine Verständigung und ein Zusammengehen zwischen Völkischen und Kommunisten nicht geben kann, solange die letzteren so bleiben, wie sie sind, ist selbstverständlich. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Arbeit hierüber auf der völkischen Seite nie verloren gehe. Die Masse der deutschen Kommunisten aber gibt sich über die Zustände in Sowjetrußland Illusionen hin, lebt auch sonst von den Phrasen, mit denen die Moskauer Propaganda sie füttert. Im Grunde ist der Masse der deutschen Kommunisten die Internationale gleichgültig; sie wird sie verlassen, sobald sie begreift, daß sie kein Rettungsboot ist, sondern eine Fallgrube. Dasselbe würde von den übrigen sowjetischen Idealisten gelten. Auch der deutsche Durchschnitkommunist aber ist mit Recht über die deutschen Zustände außer sich und möchte sie durch Radikalismus beseitigen und durch bessere ersetzen.

Reventlow gibt weiter zu, daß „sich schon lange vor der Schlageterrede Radels in Versammlungen und privaten Unterhaltungen Berührungspunkte zwischen Völkischen und Kommunisten ergaben“. Aber schließlich:

Die Völkischen, wo immer sie mit Kommunisten zusammenkommen, dürfen auch nicht vergessen, daß die kommunistischen Führer, entweder als Juden von Natur auf Internationale und Internationalismus eingeschworen sind, oder, wenn Deutsche, unter der jüdischen Führung stehen. Auch dieser Punkt ist dauernd, besonders bei allen persönlichen Annäherungen im Auge zu behalten. Ebenso wenig darf vergessen werden, daß nicht sie, daß nicht wir Völkischen um die Kommunisten werden, sondern daß die Sache umgekehrt liegt. Der Völkische muß sich in diesem Zusammenhang fagen, daß die Moskauer Führer, wenn sie den Kommunismus in Deutschland wirklich so stark glauben, wie sie behaupten es zu tun, schließlich an die Völkischen und noch dazu in dieser Weise herantreten sein würden. Die kommunistische Werbung kann — und dieser Gesichtspunkt entspricht der tatsächlichen Wirklichkeit — bei den Völkischen lediglich das Bewußtsein ihrer Stärke und damit ihr Selbstbewußtsein erhöhen.

Für die Arbeiter, die sich noch immer für Kommunisten halten, wird diese Auslassung Reventlows gewiß überraschend kommen. Sie hatten sich schon eingebildet, durch die schlaue Taktik ihrer Nadel und Frölich die völkischen Sturmtrupps vor dem RPD-Karren gespannt zu haben. Und nun erfahren sie — allerdings nicht durch die „Rote Fahne“ — daß die Völkischen lediglich auf kommunistische Dumme warten ...!

### Dauernder Befragungsterror.

Essen, 15. August. (U.) Die Franzosen verlangen von der Gemeinde Weimar für die vor vier Wochen durch Explosion erfolgte Beschädigung ihres Automobilparks 500 Franken. Die Fortschaffung der bei den Möbelhändlern beschlagnahmten Möbel dauert fort. In Witten sind 50 Millionen Mark beschlagnahmt worden. Bei der Stadtkasse in Reddinghausen sind rund 182 Millionen Mark und bei den übrigen Kassen insgesamt 3 1/2 Milliarden Mark beschlagnahmt worden. Das Gerichtsgeschäft in Reddinghausen wurde reiflos von den Franzosen beschlagnahmt. Untersuchungsgefängnisse, bei denen kein Fluchtverdacht vorlag, sowie solche Gefängnisse, die nur kurze Gefängnisstrafen zu verbüßen hatten, sind auf freien Fuß gesetzt worden. Auf der Zeche „Unser Fritz“ bei Wanne wurden der Prokurist Fritz und ein Bauarbeiter von den Franzosen verhaftet. Die Besatzung trat sofort in einen Proteststreik.

Elberfeld, 14. August. (Eigener Drahtbericht.) In Reddinghausen dauern die wilden Beschlagnahmungen durch die Franzosen an. Der Wert der beschlagnahmten Waren beläuft sich auf über 40 Milliarden. In Gelsenkirchen haben die Franzosen am Nachmittag des 13. August die Tresors der Reichsbank mit Dynamit gesprengt. Ueber den Erfolg ist noch nichts bekannt. Auf dem Bahnhof Elberfeld des unbefestigten Gebietes beschlagnahmten die Franzosen am 7. August mehrere Pakete. Ingi Frauen und zwei Männer, die die Pakete trugen, wurden in das besetzte Gebiet mitgeführt. Ueber ihren Verbleib ist nichts bekannt. In Dortmund haben die Franzosen am Dienstag die Druckerei Ruhfuß, wo verschiedene kommunale Verbände Notgeld drucken lassen, besetzt. Die Franzosen haben sich mit der Einfuhr englischer Kohle für das Rhönig-Werk in Hörde unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der Transport am Tage erfolge.

### Ein deutscher Tag.

In Rünberg gibt Adolf, der große Adolf Hitler, den „Deutschen Volkswillen“ heraus. In der Nr. 55 dieses Blattes finden wir unter der Überschrift „Adolf Hitler in Franken“ einen Bericht, der so lustig ist, daß er es verdient, zur Erheiterung in dieser belämmerten Zeit wortwörtlich hier zu stehen. Daß das nicht möglich ist, ist lediglich auf die im umgekehrten Verhältnisse zur Papiernot stehende Länge des Berichtes zurückzuführen.

Da war in Wisch Bahnenweibe und Deutscher Tag. (Wenn Adolf kommt, wird der Tag sofort „deutsch“) Koch, das ist ein Feldmehel von Hitler, rebete eine Festrede. Als sie zu Ende war, haben sie alle das Deutschlandlied gesungen. (Sie standen da und konnten nicht anders!) Blüßlich... Jedoch nein, das, was jetzt kommt, kommt eigentlich noch gar nicht, denn vorher war noch Feldgottesdienst und Manöver. Blüßlich... Mag der Bericht selber reden, denn was jetzt kommt, was sich jetzt durchdrängt und schiebt, das kann ich nicht so sagen.

„Blüßlich ertönen brausende Heilrufe, von einer Seite des Festplatzes; — Heilrufe sich stets verstärkend. Ein Ruf geht durch die Wälder; ein Ruf, der jeden mitreißt in seinen Bann, jeden, der noch einen einzigen Tropfen deutschen Blutes, noch einen einzigen Funten deutschen Geistes hat.“

Adolf Hitler ist da.

Rur mühsam, Schritt für Schritt, konnte unser Führer sich seinen Weg bahnen; alle wollten ihn sehen, alle wollten in seiner Nähe sein, wollen die Kraft verspüren, die von seiner machtvollen Persönlichkeit ausgeht.

Als Hitler zu reden sich anschickte: Totenstille, das Bewußtsein eines gewaltigen Augenblickes.“

Als der gewaltige Augenblick beendet war, da mochte der Beifall nicht enden. Und auf einmal fängt mir nicht, dir nicht das Regiment Franken eine Parade an. Alle haben sie blühenden Auges auf „den Führer, den uns Gott geschenkt“. Das Gesicht aber blühte wieder, und so blühten sie eine Weile hin und her, bis es spät geworden und Adolf den Triumphwagen bestieg.

„Die Ausfahrt Hitlers aus Reusfeld war ein erneuter Triumphzug. Rur langsam konnte der Wagen sich einen Weg bahnen, alle wollten ihn zurückhalten, ihn, den doch die Pflicht für kein Volk schon wieder an andere Stelle rief.“

D. b. d., da helfen keine Willen.

B. Sp.

Der Gipfel des Aitshes. Den Aliba ist ein für allemal erledigt. Das ist noch nicht dagewesen. Wir nehmen ruhig alles zurück, was wir jemals gegen Geldprobenum, Kriegs- und Revolutionsgewinnster und ihresgleichen großend gesagt.

D. Ihr biden goldenen Uhretetten auf prallen Bäuchen, ihr Serien von Diamantketten Ringen an rauen Wurstfingeren, ihr häßnergroßen, blühenden Brillantkne in steifen Hemdbrüsten, ihr

zenerischeren strahlenden Kollern und Brotschen auf hochwogenden Bufen, — seid uns gerührt in wehmütiger Erinnerung! Ihr seid veraltet, rückständig, geschloffen, überholt. Wie scheiden und armselig wirkt ihr neben dem hohen Gipfel, den ein Zweig des deutschen Kunstgewerbes soeben feierlich erklimmt!

In einem Hochblatt der Goldschmiedekunst empfiehlt ein geschäftstüchtiger Optiker aus Zwidau aus Neues, Allerneuestes einen von ihm erfundenen „neuen eleganten Klemmer“ — dessen goldener Rosenbügel und Glashalter rechts und links mit blühenden Edelsteinen und kostbaren Perlen dicht besetzt sind.

Der geniale Erfinder und Menschenkenner sagt hierzu: „Zumeist wird die Keuheit wohl für Damen in Frage kommen, denn hier spielt die Etikette eine gewisse Rolle.“ Für die Geschäftstüchtigkeit des Lieferanten spricht die Bemerkung: „Außerdem ist ein solcher Klemmer ein Luxusgegenstand, der dann nicht unter den Wucherparagrafen fällt und für den man einen viel höheren Preis gern bezahlt.“

Der Menschheit garzer Jammer aber paßt einem an, wenn man schredenslos aus der Ankündigung weiter erfährt: „Auch Brillen mit oder ohne Rand lassen sich nach demselben Gebrauchsmuster mit Schmuck versehen.“ O, reizvolle Perspektive!

Zur Bekämpfung des Ungeheuers. Während die bekannte Kriegsentauung sich bekanntlich fast nur gegen die Kleiderläuse wendete, und zwar hauptsächlich wegen deren Gefährlichkeit als Überträger von Krankheiten, ist man neuerdings dazu übergegangen, auch die Kopfläuse systematisch zu bekämpfen. Sie verbreiteten sich meist in den Schulen von Kopf zu Kopf und sind, wenn nicht energetische Mittel angewendet werden, oft recht hartnäckig. Ein bayerischer Ingenieur namens Ostermaier hat nun einen zweckmäßigen Apparat gebaut, den die bayerische Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung lebhaft empfiehlt. Verwendet wird die schwefelige Säure (Schwefel-dioxyd), das bekannte scharf riechende, flüchtige Gas, das beim Verbrennen des Schwefels entsteht. Wer noch die alten Schwefelzylinder gelammt hat, wird sich dieser Verbindung genau entsinnen. Für die Schulverwendung zum angegebenen Zweck wird allerdings die schwefelige Säure komprimiert in Stahlflaschen vorrätig gehalten. Der vom Haar bedeckte Kopfteil des Kindes bekommt einen luftdicht schließenden Kastenapparat aufgesetzt, in den aus der Stahlflasche eine abmeßbare Säuremenge durch eine Kupferröhre hindüßtrömt. Eine Viertelstunde Einwirkung genügt, um sowohl die Läuse wie ihre Brut, die sogenannten Nissen, abzutöten. Da die Kopfläuse niemals auf andere Teile des Körpers übergehen, tritt so eine völlige Entlastung ein. Das Verfahren hat sich auch über die bayerische Grenze hinaus, z. B. in Mainz, bestens bewährt.

Neue Forschungen über die Bedeutung des Zellkernes. Man neigt neuerdings immer mehr dazu, die Rolle, die der Zellkern im Leben einer Zelle spielt, stark einzuschränken. Früher wurde der Kern als das wirkliche Zentrum der Zelle angesehen, ohne daß sie überhaupt nicht existieren kann. Es zeigte sich aber immer deutlicher, daß man den Einfluß des Kernes überschätzt hatte. Auch bei der Vererbung scheint nicht nur dem Kern, sondern auch dem Protoplasma der Eizelle eine wichtige Rolle zuzukommen. Die Zellteilungsvorgänge sind, wie die neuesten Untersuchungen von Jollos

und Peterli in Berlin-Dahlem zeigen, auch nicht in dem Maße von dem Zellkern abhängig, wie man bisher meist glaubte. Mit Hilfe der neuesten, mikrochirurgischen Apparate ist es nämlich möglich, aus einer Eizelle den Kern zu entfernen. Die genannten Forscher unternahmen an den hierfür sehr geeigneten Eiern des als Aquariumtier bekannten Arolofis derartige Experimente, und fanden, daß sich die Eier auch ohne Zellkern nach erfolgter Befruchtung zu entwickeln beginnen. Wenn auch die Fortschrittsvorgänge sich nicht ganz so klar wie bei einem normalen Ei abspielten, so kam es doch zu einem morula-artigen und dann zu einem blastula-artigen Stadium, und in manchen Fällen war sogar die Gastrula angebeutet. Weiter entwickelten sich die Eier allerdings nicht, es ist aber nun gezeigt worden, daß die Zellteilung auch ohne Kern und ohne vorausgehende Kernteilung stattfinden kann; und ferner hat die Eizelle des Arolofis die Fähigkeit, aus sich heraus, ohne Beteiligung des Kernes, die ersten Entwicklungsstadien der Fortschritts durchlaufen. Damit scheint die schon früher von Boveri vertretene Ansicht bestätigt zu sein, daß die ersten Entwicklungsschritte vorwiegend vom Protoplasma bestimmt werden, während später der Einfluß des Zellkernes auf das weitere Entwicklungsgeschehen zunimmt.

Telephonisch in den Tod geht. Das 1. Gespräch den Menschen zur Verzweiflung bringen kann, hat jeder, der oft zu telephonieren genötigt ist, wohl schon am eigenen Leibe erfahren. Daß diese Verzweiflung aber ein Todesopfer fordert, ist immerhin ein ungewöhnlicher Fall. Das Opfer ist eine Frau Uba Rolke, die Gattin eines beim städtischen Bauamt angestellten Beamten von Pittsburg. Frau Rolke wurde eines Abends tot vor dem Telephonapparat gefunden. Der Hörer war abgerissen; neben der Leiche stand eine Flasche mit Sublimat, die die Unglückliche ausgetrunken hatte. Wie der Gatte bei der Totenschau ausfragte, wurde seine Frau seit sechs Monaten durch nichtswürdige telephonische Gespräche geängstigt und in eine Aufregung versetzt, die sich allmählich zum Verfolgungswahnsinn steigerte. Tag und Nacht ertönte die Wärmglöcke und eine zumeist weibliche Stimme empfahl der ängstlich horchenden Frau, daß sie recht gut auf ihren Mann aufpassen solle, über dessen unmoralischen Lebenswandel der Frau die ungeheuerlichsten Einzelheiten zugeflüstert wurden. Die Anrufe erfolgten stets, wenn der Mann nicht anwesend war. Alle Versuche, den Urheber dieses nichtswürdigen Unfugs festzustellen, blieben erfolglos. Ebenso vergeblich waren die Versuche des Mannes, der Frau die Grundlosigkeit der anonymen Verdächtigungen klarzumachen. Das Telephon war schließlich ein Schredgelpen für sie geworden, das sie in den Tod hießte.

Theaterchronik. Das Kleine Theater eröffnet die neue Spielzeit am Freitag mit der Erkaufführung „Marillas halbes Herz“ von Max Brod. — Die Direktion Koller übernimmt Anfang September das Central-Theater in eigene Regie. Der Theaterraum wird einer vollkommenen Renovierung unterzogen. Die Bühne wird mit den neuesten Errungenschaften der Bühnentechnik ausgestattet. Als Eröffnungsvorstellung ist eine Preisumänderung von Hauptmanns „Siga“ geplant.

Das Schauspieltheater stellt mit: „Das Käppel in Centraltheater geht am Mittwoch mit einer Aufführung von Schäfers „Räuber“ zu Ende. Die Winterreise beginnt am 15. Oktober. Dem Schauspieltheater gehören bis jetzt u. a. an: Ernst Deutsch, Heinrich George, Alexander Gramack, Carl Heinz Martin und Elisabeth Bergner.



## Beratungen im Steuerauschuß.

Die heutige Sitzung des Steuerauschußes des Reichstags wurde mit halbseitiger Verspätung eröffnet.

Fischer-Köln (Dem.) bemerkte zunächst zur Geschäftsordnung: Es ist fraglich, ob die Regierung erscheinen wird. Wir haben auf die Befragung unserer Resolution über Goldrechnung bestanden, weil Herr Hermes in dieser Frage unser grundsätzlicher Gegner war. Wir nehmen an, daß Herr Fischer nicht unser grundsätzlicher Gegner ist. Wenn der neue Finanzminister uns erst sein Programm entwickeln will, würden wir einer Beratung zustimmen, so daß wir heute nur über die Ermächtigungsgesetze zu sprechen brauchen.

Scholz (D. Sp.): Auch das Ermächtigungsgesetz fällt in den Gesamtkreis der zu besprechenden Fragen. Es muß Rücksicht genommen werden auf den Erfolg der Goldanleihe. Wenn wir von vornherein in einem Geheiß auf den möglichen Mißerfolg hindeuten, so schädigen wir nur die Anleihe.

Hoerner (Z.): Wenn die Ressortminister nicht anwesend sind, so können wir nicht diskutieren. Es ist außerdem zwecklos und verfehlt, heute die Frage des Ermächtigungsgesetzes zu diskutieren. Vor dem Auseinandergehen müssen ferner die Lohnabzüge für September geregelt werden.

Hefferich (Dnat.): In Abwesenheit der Ressortminister kann ein so weitgehendes Ermächtigungsgesetz nicht gemacht werden. Zweihundert Millionen Goldmark sind bei einem Dollarkurs von 4 Millionen 200 Billionen Papiermark. Das ist das Achtehundertfache der bisher eingegangenen Zwangsanleihebeträge. Wer soll das zahlen?

Fischer (Soz.): Wir sind einverstanden, daß ohne die Regierung vorläufig nicht beraten werden kann. Von der Tagesordnung kann die Frage nicht abgesehen werden, da sie auf der Tagesordnung der Plenar Sitzung steht.

Reinath (Dem.): Die Organisationen von Handel und Industrie haben sich bereit erklärt, die Umlegung zu versuchen, jedoch müsse ihnen die Befreiung dazu ein Druckmittel in die Hand geben.

Hefferich (Dnat.): Der Antrag steht gewiß auf der Tagesordnung der Plenar Sitzung. Es ist jedoch leicht möglich, den Punkt abzusetzen. Die Frage des Zwangs werde erst praktisch, wenn man sieht, wie die Anleihezeichnung läuft. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auf dem Wege der Freiwilligkeit etwas Entscheidendes in der nächsten Zeit geschieht. Ich schlage vor, wir erklären uns mit dem Grundgedanken ohne zahlenmäßige Begrenzung einverstanden. Aber im Augenblick ist die praktische Frage noch nicht spruchreif.

Fischer-Köln (Dem.): In der Zwischenzeit muß der Finanzminister die Befreiung mit den Verbänden fortsetzen, damit diese freiwillig die Umlegung übernehmen.

Fischer (Soz.): Ich habe gegen den Vorschlag Fischer, der mit dem von Hefferich übereinstimmt, ernstes Bedenken. Der Vorschlag stammt nicht von uns, sondern von der früheren Regierung auf Grund einer Verständigung zwischen der früheren Regierung und der Industrie. Die Industrie selber hat keinen Glauben an die Freiwilligkeit und hält einen gewissen Zwang für nötig. Was wir heute vorschlagen, ist viel weniger, als in dem Entwurf der früheren Regierung und der Industrie vorhanden war, und das müssen wir machen.

Fischer-Köln (Dem.): In dem jetzigen Entwurf sehen wir eine Bänderung der Anleihe.

Fischer (Soz.): Ich sehe nicht ein, wo hier eine Befreiung liegen soll. Jetzt sollen zu den Devisen noch die Papiermarkbeträge hinzugezählt werden. Wir müssen den Versuch machen, mit dem Minister darüber so frühlich zu beraten. Vor dem Auseinandergehen muß die Frage sachlich geklärt werden.

Hugo (D. Sp.): Der Weg, der hier vorgeschlagen ist, ist bedenklich. Bei diesem Geheiß werden Ihnen die Devisenbestände unter den Fingern wegläusen. Die Devisenbestände werden in ausländische Effekten oder ins Ausland rutschen. Denn bei eidesstattlicher Versicherung siehe dem Mann nicht nur die Anleihe, sondern die Beschlagnahme vor Augen. Man müsse die Anleihe zunächst ein Stück Weg laufen lassen.

Es wird beschlossen, die Befreiung zu unterbrechen, bis die Minister anwesend sein werden.

Der Ausschuß tritt dann in die Beratung der Repräsentation der Abzüge bei der Lohnsteuer ein.

Hoerner (Zr.) schlägt als Abzüge vor:

Für den Steuerpflichtigen und Ehefrau	120 000 M.
„ jedes Kind	1 200 000 M.
„ Werbungskosten	1 200 000 M.

Die Regierung läßt erklären, daß sie die Unterlagen von Hoerner noch nicht anerkennen könne. Wollte man für Werbungskosten die Beträge veranschlagen, so würde man gewaltig übertreiben.

Reinath (Dem.): Im gegenwärtigen Augenblick ist die Lage völlig ungeklärt. Wenn wir heute entscheiden, mühen wir in das Dunkel greifen. Eine sachlich begründete Entscheidung lasse sich nicht treffen.

Hefferich (Dnat.): In dieser Frage, in der die Regierung Vollmacht hat, sollten wir uns zurückhalten. Daß eine Ermächtigung gerechtfertigt ist, ist klar. Es muß jedoch abgemindert werden, wie die Dinge sich gestalten.

Hoerner (Soz.): Auch diese Angelegenheit läßt sich nicht in Abwesenheit des Ministers erledigen. Die Wirkung erstreckt sich nicht nur auf die Lohnsteuer, sondern auch auf die Steuer auf die Betriebe. Ein abschließendes Urteil über die Gestaltung der Abzüge läßt sich heute noch nicht gewinnen. Am 23. oder 24. d. M. kann die Frage entschieden werden. Daß eine wesentliche Erhöhung der Freizugänge kommen muß, ist klar. Ich bitte, die Frage bis nach der Bekanntgabe des Reichsministers zu verschieben.

Scholz (D. Sp.): Die Initiative dabei muß der Reichsregierung vorbehalten. Wir brauchen auch noch die Zustimmung des Reichsrats und ich glaube nicht, daß er dem Vorschlag von Hoerner zustimmen wird.

Hoerner (Z.): Die Blankovollmacht für die Regierung ist zu weitgehend, wenn sie sich auch auf die Lohnsteuer erstreckt.

Koenen (Konm.): Die Tatsachen rechtfertigen eine außerordentliche Maßnahme. Man muß deshalb dem Vorschlag Hoerner zustimmen.

Hefferich (Dnat.) schlägt vor, den Lohnsteuerfuß generell auf 6 1/2 Proz. festzusetzen.

Reil (Soz.): Eine Untergrenze von 6 1/2 Proz. würde ich für zu hoch halten. Man muß am Beginn der Monatsperiode mit niedrigeren Sätzen anfangen. Ich schlage vor, daß man heute die Vorschläge von Hoerner zum Beschluß erhebt mit dem Vorbehalt einer Korrektur.

Hefferich (Dnat.): Man muß von diesem System des Lohnabzugs endlich abkommen und festlegen, daß der Lohnabzug einen bestimmten Prozentsatz betrage. (Zwischenruf Reil: Dann kann man keine sozialen Unterschiede mehr machen.) Auch die jetzigen Abzüge sind schematisch. Der soziale Effekt, der jetzt erreicht wird, steht in schreiendem Mißverhältnis zu dem Aufwand, der gemacht wird. Die Regierung erklärt sich für die Einsetzung eines Unterausschusses.

Reinath (Dem.) äußert rechtliche Bedenken. Scholz (D. Sp.) verwahrt sich dagegen, heute einen materiellen Beschluß zu fassen. Hoerner (Zr.) besteht auf der materiellen Entscheidung. Reinath (Dem.) legt ebenfalls Verwahrung dagegen ein. Fischer (Dem.) bittet zu erwägen, ob man abstimmen solle, wenn die Unterlagen drei Fraktionen genügend erscheinen.

Fischer (Soz.): Wir sind gegen den Antrag Hoerner, weil die Sätze angesichts der vorhandenen Lohnentwicklung noch viel zu niedrig sind, wie unsere Berechnungen eben ergeben haben. Wir müssen ausdrücklich unser Motio feststellen, weil unsere letzte Abstimmung in dieser Frage von der Herrn Hoerner nachstehenden Presse agitationsmäßig mißgedeutet worden ist.

Ein Beschluß über den Antrag Hoerner wird nicht gefaßt. Der Steuerauschuß wird zur Regelung dieser Frage am Freitag nächster Woche zusammenzutreten. Der Ausschuß verlegt sich bis 1 Uhr, um dann in Gegenwart der Minister das Ermächtigungsgesetz zu beraten.

Nicht mit 270, sondern mit 240 Stimmen ist in der gestrigen Sitzung des Reichstags das Vertrauensvotum für die neue Regierung angenommen worden.

## Vieltausendfach.

Wie oft hat man früher das Wort „tausendfach“ in den Mund genommen, in Wendungen wie „tausendfach soll es Ihnen gesegnet sein“ — „tausendfach möge es Ihnen lohnen“ usw. Damals dachte man sich nichts Bestimmtes dabei, man wollte eben etwas Ueber-schwänglichem in seine Worte legen und wählte dafür das Tausend-fache. Heute ist aus dem einstigen Spiel der Worte bitterer Ernst geworden. Das deutsche Volk stöhnt unter der Last des Tausend-fachen, das verberberische Hände ihm auferlegt haben. Mitte Juni 1922 kostete das Markenbrot in Berlin 16,25 M., heute kostet es 62 000 M. Und so wie mit diesem wichtigsten Lebensmittel ist es mit allen Dingen gegangen. Das Vieltausendfache ist das Normale sozusagen; der Tausendmarktschein an die Stelle der früheren kleinen Münze getreten. Das Vieltausendfache macht sich auf allen Gebieten breit, Leute mit statlichem Einkommen können kaum des Leibes Notdurft befriedigen. Mit dem Drängen der Landwirtschaft nach den Weltpreisen fing dieser ungeheuerliche Zustand an und er wird nicht eher aufhören, bis hier Abhilfe geschaffen ist. Jene Kreise schwimmen im Gelde, schreien nach Goldanleihen, um ihren Ueber-fluß vorteilhaft anzulegen und bilden voll Beratung auf die Leute ohne Ur und Halm — mögen sie Minister oder Rentenempfänger sein. Leuerung, Hungersnot — welch ein Zustand in einem Jahr-hundert, in dem die geistige Kraft der Menschen auf der Höhe steht.

## Er kann sich das leisten!

Die Beschlagnahme von Lebensmitteln, für die nach Ansicht eines Kaufmanns und der herbeigerufenen Polizei ein zu hoher Preis gefordert wird, ist nicht immer ganz leicht. Bei einem Geschäftsmanne in der Bülowstraße hatte eine Frau, die von einem im Laden stehenden Pasten Eier zwei Stück kaufen wollte, zunächst die Antwort erhalten, die Eier seien aus und müßten dem Lieferanten zum Umtausch zurückgegeben werden. Als sie am nächsten Vormittag wiederkam, war der Mann bereit, Eier abzugeben, aber er forderte jetzt einen höheren Preis. Ein von der Frau dazugeholter Schupo-Beamter verlangte Hergabe der Eier zu niedrigerem Preis oder Vorlegung der Rechnung des Lieferanten, und als beides verweigert wurde, erklärte er die in dem Laden stehenden drei Körbe mit Eiern für beschlagnahmt. Er forderte den Händler auf, selber die Zahl der Eier festzustellen, der aber nahm kurz entschlossen seine drei Körbe Eier auf, und ehe der Beamte es hindern konnte, war er den gesamten Inhalt mit einem Schwung vom Laden aus durch die Tür des Hinterzimmers zu Boden, so daß die Eier ver-nichtet waren. Nach der Größe der drei Körbe war ihr Inhalt auf mindestens tausend Eier zu schätzen, woraus man unge-fähr berechnen kann, daß der Geldschaden viele Millio-nen betragen muß. Der Geldmuth, mit dem der Mann kein Eigen-tum vernichtet, läßt sich nur dann verstehen, wenn man annimmt, daß er in seinem Geschäft nicht zu knapp verdient und sich daher so etwas leisten kann. Die Eier müssen ja aus einer Lieferung frischer Ware gemischt sein, denn wenn es noch die lauten Eier vom vorhergehenden Abend gewesen wären, hätte er doch wohl keinen höheren Preis dafür gefordert, falls er hieron überhaupt welche abgeben hätte. Die Sache wird für den Händler nicht ohne gerichtliches Nachspiel bleiben, da er nach der Beschlagnahme selbstverständlich nicht mehr über die Eier verfügen konnte. Der Bollen Eier dürfte ihm noch teurer zu stehen kommen, oder wahrscheinlich wird er auch gegenüber der ihm drohenden Strafe sich damit trösten, daß er sich das leisten kann.

## Besserung der Lebensmittellage.

Nach der durch die Arbeitsaufnahme erfolgten Entspannung der innerpolitischen Lage macht sich auch eine erfreuliche Besserung der Lebensmittelversorgung bemerkbar. Die günstigeren Beschaffungs-möglichkeiten für Devisen haben zur Folge, daß in den letzten Tagen Schmalz und Margarine in genügender Menge auf dem Markt kamen. Nur die Butter ist nach wie vor knapp, weil die Produzenten infolge der Unsicherheit der Marktlage ihre Waren hart zurückhielten.

Die Kartoffelbelieferung hat sich in den letzten Tagen ebenfalls gebessert, die Zufuhren dürften noch reichlicher aus-fallen, wenn die Kornerte eingezogen ist. Gemüse ist in genügender Menge auf dem Markt vorhanden. Auf dem Fleischmarkt macht sich jetzt die Lähmung der vor einiger Zeit geschaffenen Kon-trollorgane wieder lebhafter bemerkbar. Bekanntlich waren in der letzten Woche gewisse Richtpreise festgesetzt worden, zu denen die Großschlächter das geschlachtete Vieh verkaufen sollten. Augenblick-lich findet bei den Schlachthäusern eine Kontrolle der Einkaufspreise statt, aus der festgesetzt werden soll, ob der Großhandel die festgesetzten Preise tatsächlich eingehalten hat. Im übrigen werden die offenen Märkte und Lebensmittelgeschäfte auch weiterhin nicht nur durch die Schuppelpolizei, sondern auch durch die Beamten der Buerbehörden fortlaufend kontrolliert. Allerdings muß zur Beruhigung des Publikums gesagt werden, daß in den meisten Fällen, in denen Beschwerden der Verbraucher über angeblühete Buerpreise eingelaufen waren, die Nachforschungen der Behörden ein negatives Resultat hatten. Fast überall, wo über allzu hohe Kartoffelpreise geklagt wurde, konnte ermittelt werden, daß es sich dabei tatsächlich um Auslandskartoffeln handelte, die bei dem jetzigen Devisenstand natürlich zu höheren Preisen, als inländische Kartoffeln erfordern, verkauft werden müssen.

## Eisenbahn-Rotgeld.

Um der noch immer anbauenden Knappheit an Zahlungs-mitteln abzuhelfen, wird die Reichsbahn in kürzester Zeit Rotgeld-scheine über je 1 Million Mark herausgeben, die sie bei Lohn- und Gehaltszahlungen in den Verkehr bringt. Die Geldscheine werden an allen Kasernen der deutschen Reichsbahn wie gesetzliche Zahlungs-mittel angenommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst. Auch die Reichsbankanstalten sind vom Reichsbankdirektorium er-mächtigt, die Scheine als Zahlungsmittel anzunehmen. Sie haben fol-gende Merkmale: Der Schein ist auf weißem Wasserzeichenpapier gedruckt und 7mal 130 Millimeter groß. Er trägt auf mattad-fortigen Untergrund mit silberstem Blumenmuster in dunkel-bräunlicher Farbe innerhalb einer geräumlichen Fiertheile folgenden Wortlaut in gotischer Schrift: „Deutsche Reichsbahn“, darunter „1 Million Mark“. Darunter in Schwabacher Frakturschrift den Vermerk: Dieser Schein wird an allen Kasernen der deutschen Reichs-bahn wie gesetzliche Zahlungsmittel in Zahlung genommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst. Darunter Datum und Unter-schrift.

## Der Postverkehr mit den besetzten Gebieten.

Infolge der Zollmaßnahmen der Befehlsmächte ist der Post-verkehr für Waren aus dem unbesetzten Deutschland nach den be-etzten Gebieten gewissen Beschränkungen unterworfen. Zur Post-beförderung werden nur Waren zugelassen, die nach dem in seinen Grundzügen auf den deutschen Posttarif aufgebauten interalliierten Zolltarif vom März 1923 Zollfreiheit genießen. Ein unver-bündlicher Auszug der Freiliste kann bei den Postanstalten eingesehen werden. Nähere Auskunft werden u. a. auch die Handelskammern erteilen können. Die Post übernimmt für die Rückführung der Frei-liste keine Gewähr. Jedes Paket muß mit einer kurzen Inhalts-angabe in der Aufschrift versehen sein. Eine Verpflichtung für Pakete, die infolge Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften über die Be-schränkung des Postverkehrs oder infolge unrichtiger Inhaltsangabe beschlagnahmt werden oder verderben, muß die Postverwaltung ab-fertigen. Die Beförderung verbotswidriger Waren oder unrichtige Inhaltsangaben führen u. a. zu schwerwiegenden Folgen und ge-fährden den Postverkehr mit den besetzten Gebieten. Es wird daher

dringend empfohlen, nur zugelassene Waren zu ver-senden und stets den wirklichen Inhalt anzugeben. Da neuerdings auch Briefsendungen mit Wareninhalt von den Be-fehlsmächten wiederholt beschlagnahmt worden sind, wird vor der Beförderung von Waren in Briefsendungen (Päckchen, Warenproben, Briefsendungen, Einschreib- und Wertbriefen) gewarnt.

## Die neuen Postgebühren.

Fernbrief 20 000, Ortsbrief 8000 M.

Der Postgebührenausschuß des Reichstages stimmte der Ver-änderung der gesetzlichen Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernsprech-gebühren zu. Die neuen Gebühren, die noch im August zur Einführung gelangen, stellen sich danach wie folgt:

Postkarten im Ortsverkehr 4000 M., im Fernverkehr 5000 M. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8000 M., bis 100 Gramm 12 000 M., bis 250 Gramm 20 000 M., bis 500 Gramm 25 000 M.; im Fernverkehr bis 20 Gramm 20 000 M., bis 100 Gramm 25 000 M., bis 250 Gramm 30 000 M., bis 300 Gramm 35 000 M. Drucksachen bis 25 Gramm 4000 M., bis 50 Gramm 8000 M., bis 100 Gramm 12 000 M., bis 250 Gramm 20 000 M., bis 500 Gramm 25 000 M., bis 1 Kilo 30 000 M. Geschäfts-papiere bis 250 Gramm 20 000 M., bis 500 Gramm 25 000 M., bis 1 Kilo 30 000 M. Warenproben bis 100 Gramm 12 000 M., bis 250 Gramin 20 000 M., bis 500 Gramm 25 000 M. Milchsendungen bis 250 Gramm 20 000 M., bis 500 Gramm 25 000 M., bis 1 Kilo 30 000 M. Päckchen bis 1 Kilo 40 000 M. Pakete bis 3 Kilo erste Zone 45 000 M., zweite Zone 60 000 M., dritte Zone 90 000 M., bis 5 Kilo 60 000 M., bzw. 120 000 M., bzw. 120 000 M. Zeitungspakete bis 5 Kilo 30 000 M., bzw. 60 000 M., bzw. 60 000 M. Postanweisungen bis 100 000 M. 8000 M. Gebühr, bis 1 000 000 M. 12 000 M. Gebühr, bis 2 000 000 M. 20 000 M. Gebühr, bis 5 Millionen M. 25 000 M. Gebühr, bis 10 Millionen M. 30 000 M. Gebühr, bis 20 Millionen M. 40 000 M. Gebühr, bis 30 Millionen M. 50 000 M. Gebühr, bis 50 Millionen M. 60 000 M. Gebühr. Postfachgebühren bis 100 000 M. 2000 M. Ge-bühr, bis 1 Million M. 3000 M. Gebühr, bis 2 Millionen M. 5000 M. Gebühr, bis 5 Millionen M. 6000 M. Gebühr, bis 10 Millionen M. 8000 M. Gebühr, bis 20 Millionen M. 10 000 M. Gebühr, bis 30 Millionen M. 12 000 M. Gebühr, bis 50 Millionen M. 20 000 M. Gebühr. Telegrammgebühren im Fernverkehr Grundgebühren 32 000 M., Wortgebühr 10 000 M.; im Orts-verkehr Grundgebühren 16 000 M., Wortgebühr 8000 M.; Brestele-gramme wie Telegramme im Ortsverkehr. Fernsprechgebühren: Grundgebühren, Ortsgesprächgebühren, Ferngesprächgebühren 999 900 Proz. (bisher 49 900 Proz.). Zeitungen bei einem durch-schnittlichen Nummergewicht bis 25 Gramm monatlich 80 M., bis 50 Gramm 160 M., bis 100 Gramm 240 M., bis 250 Gramm 400 M., bis 500 Gramm 560 M., bis 1 Kilo 720 M., bis 2 Kilo 1440 M. Diese Veränderung tritt hinsichtlich der Zeitungsgebühren am 1. Oktober 1923 in Kraft, im übrigen bestimmt der Reichsminister den Tag des Inkrafttretens. Zu den vierteljährlich im voraus fälligen lau-fenden Fernsprechgebühren wird jedoch noch bis Ende Septem-ber 1923 der am 1. Juli 1923 maßgebend gewesene Zuschlag von 14 900 Proz. erhoben. Wie wir hören, dürften die neuen Post-gebühren noch im Laufe des Monats August in Kraft gesetzt werden.

## Eisenbahntarife ab 20. August.

Am 20. August d. J. werden die Personen- und Gepä-d-tarife der Reichsbahn um 900 Proz., die Güter- und Tier-tarife um rund 2000 Proz. gegenüber dem Stande der Tarife vom 1. August erhöht. Die wertbeständigen Tarife (Indus-tarife) werden im Personenverkehr zum 1. September eingeführt; im Güterverkehr jedoch am 20. September. Die Schlüsselzahl für den Güterverkehr ist auf 1 200 000 festgesetzt worden.

## Der lacierte Goldfuchs.

Aus der Geschäftspraxis der Pferdediebe.

Wie die Pferdediebe es verstehen, ihre Beute den Blicken der Kriminalbeamten zu entziehen und unentdeckt zu machen, zeigen die Erfolge eines gestohlenen Goldfuchses. Das Pferd wurde vor 3 Tagen am hellen Tage aus dem verschlossenen Stall einer Kartan-fabrik in der Dresdener Straße gestohlen. Die Kriminalbeamten fanden eine Spur, die nach dem Hofe des Droßhahnführers Beh-mann in der Leibstraße 3 zu Treptow führte. Als sie jedoch dort erschienen, war der Goldfuchs schon wieder verschwunden. Unterdessen wurden die Diebe, ein Produzentenhändler Fritz Kaul aus der Siemensstraße, ein Kutcher Paul Giesela aus der Raunig-strasse und ein Kutcher Georg Wendi vom Kaiser-Franz-Grena-dier-Platz ermittelt und festgenommen. Ihr Verhör brachte auch eine neue Spur nach Mahlsdorf zu einem Schlächter Lindner. Aber auch hier war das Pferd nicht mehr zu finden. Die Befürchtung, daß das wertvolle Tier in den Wurststall geraten sei, bestätigte sich jedoch nicht. Der Goldfuchs war bei Lindner nur vor-übergehend im Stall gewesen und dann in der Richtung nach Raven weitergeführt worden. Jetzt suchten die Beamten die Gegend ab und fanden ihn endlich bei einem Bauern in Brieselang wieder. Aber er hatte sich stark verändert. Die Diebe hatten ihm, um ihn unentdeckt zu machen, Blässe und Hinterleib schwarz laciert. Bei Behmann im Stall fand man noch ein Pferd, das einer Händlerin in Schöneberg gestohlen worden war. Er steht in dem harten Verdacht, Pferdediebes gewerbsmäßig als Hestler ge-dient zu haben.

Zwei Gaswerke noch im Ausland. Die Arbeiter in den Gas-werken Bichtenberg und Legel haben die Arbeit wieder eingestellt, da in Bichtenberg zwei und in Legel 45 Arbeiter der Befehlshaber von der Wiedereinstellung ausgeschlossen worden sind. Zurzeit schweben noch Verhandlungen.

Die ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung Deut-scher Wohnungsbauer wird am 20. und 21. September d. J. in Nürnberg stattfinden. Als Gegenstände der Tagesordnung sind vorläufig die Behandlung der Frage der Zwangswirt-schaft, der Finanzierung der Neubauten und der Erhaltung des alten Wohnungsbestandes vorge-sehen. Ferner sollen praktische Fragen hinsichtlich der Durchführung der Wohnungsmangelgesetze und des Reichsmietengesetzes sowie der Wohnungsaufsicht zur Verhandlung kommen. Anmeldungen zur Teilnahme nimmt die Geschäftsstelle der Vereinigung, Berlin W. 50, Augustburger Straße 61, entgegen. Auch Gäste zu den öffentlichen Hauptversammlungen sind willkommen.

Männerchor Harmonie, Charlottenburg. Donnerstag 7 Uhr, Reichstag, Portal 5. Vollständiges Erscheinen notwendig. Zu der Rube wohnende Sangesbrüder muß Bescheid gegeben werden.

Eine juchbare Familientrauer hat sich in Hagen zugetragen. Aus Nahrungsorgen hat die Witwe Margarete Vinneweber sich und ihre vier Kinder im Alter von 7, 6 und 4 Jahren, sowie einen Säugling durch Gas vergiftet. Die unglückliche Frau hatte bereits vor einiger Zeit aus dem gleichen Grunde einen Selbstmordversuch unternommen, der aber mißglückt.

Grubentatastrophe in Amerika. Einer Depesche aus Wuoming (Bereinigte Staaten) zufolge hat sich in dem Schacht der Kem-merera Gruben eine furchtbare Explosion vollzogen, bei der 200 Bergarbeiter lebendig begraben wurden.

## Wetter für morgen.

Berlin u. Umgegend. Zunächst warm und schwül, aber abends be-müht. Bei mäßigen südlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung. Nachher langsame Wiederaufhellung und Abkühlung.



# Gewerkschaftsbewegung

## „Eroberung der Gewerkschaften“

Der verspätete Generalfstreikrückzug der KPD-Zentrale und ihrer Betriebsräteabteilung zeigt so recht die Hohlheit und Nichtigkeit der kommunistischen Thesen, die sich „gestern noch auf hohen Rossen“ tummelten, heute aber der neuen Auffrischung alter Parolen dem Platz abgetreten haben. Die kommunistische Logik ist von besonderem Kaliber. Weil die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer sich nicht der kommunistischen Generalfstreikparole unterwerfen wollten, deshalb beschuldigt man sie, „den kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen“ zu sein. Während die kommunistische Partei den Generalfstreik von ihrer Betriebsräteabteilung beschließen ließ und die Arbeiterschaft aufforderte, ihren Generalfstreik mitzumachen, verkündet sie heute in glatter Umkehrung der Tatsachen, sie sei es gewesen, die sich der kämpfenden Arbeiterschaft angeschlossen habe.

Die Kommunisten wollen jetzt intensiv arbeiten an der Eroberung der Gewerkschaften. Da es die KPD-Zentrale bisher an Intelligenz in dieser Beziehung nicht ganz fehlen ließ, vertritt diese Ankündigung allerlei Aussichten für die Gewerkschaften.

Die „Abrechnung mit den Streikbruchorganisatoren“, insbesondere mit den reformistischen Gewerkschaftsführer“ wird angekündigt.

Die Gewerkschaftsführer haben samt allen Gewerkschaftsmitgliedern eine Abrechnung mit dem Treiben der KPD-Zentrale zu machen, das die Gewerkschaften zerpflegt und die Interessen ihrer Mitglieder im höchsten Grade schädigt. Mit aller Gewalt wollen die Kommunisten sich der Führung der Gewerkschaften bemächtigen, um ihre Kräfte in sinnlosen Putsch und ununterbrochenen Generalfstreikaktionen zu vergeuden, zu zermürben und zu verzetteln. Was dem Sozialistengehölz, was allen Vollzeitschikanen des alten Regimes nicht gelang, das sollen die Kommunisten. Kein Arbeiter und Angestellter, der sich nicht vollständig der KPD-Diktatur ausliefern will, könnte sein Organisationsverhältnis aufrechterhalten, wenn solche „Führer“ die Gewerkschaften vor die kommunistische Parteilinie spannen.

Wie die Kommunisten mit der „Diktatur des Proletariats“ gegen die Gewerkschaftsführer vorgehen, zeigt der Ueberfall des Genossen Ulrich, wie auch der jüngste Ueberfall des Genossen Henschold, den Gauleiter des Verbandes der Bäcker und Konditoren, vom gestrigen Abend.

In den Sophienfällen war eine Versammlung der Schokoladenarbeiter, zu der sich ein kommunistischer Stoßtrupp unter Führung von Klein Schmidt, des kommunistischen Bezirksverordneten vom Bezirksamt Kreuzberg, eingestellt hatte, der trotz Türkontrolle sich zu der Versammlung Zutritt verschafft hatte. Als Henschold sein Referat beginnen wollte, gab der Schlosser Nowak aus dem Sarotti-Betrieb, der trotz seiner 37 Jahre erst seit einem Vierteljahr gewerkschaftlich organisiert ist und vor einigen Wochen auch seine kommunistische Ueberzeugung gewonnen hat, das Signal zum Angriff. Die „Rote Fahne“ darf morgen berichten, daß trotz dem Bombardement mit Vergewaltigungen und Stößen auf Henschold, diesem weiter nichts passiert ist, als der Verlust seiner Brille und einer Hautabschürfung. Doch verschiedene keiner Angreifer werden an diese Bekämpfung eines reformistischen Gewerkschaftsführers“ mit einigem Unbehagen zurückerinnern.

Der Verband der Bäcker und Konditoren fordert alle Zeugen des Vorganges auf, ihm die Helden namhaft zu machen, die mit Stühlen und Kläffern vorgehen, um sie für die angerichtete enorme Materialzerstörung haftbar zu machen, da sonst der Schaden aus den Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden müßte.

Die Gewerkschaften müssen aus dieser Art der Bekämpfung wohl oder übel die nötigen Konsequenzen ziehen. Wir lassen uns weder durch die „Macht“ der schiffbrüchigen kommunistischen Gewalttheorie, noch weniger aber durch solche Proben von der „Diktatur des Proletariats“ die Unterwerfung unter die Moskauer Weltrevolutionshelmschule und unter die Herrschaft der Berliner KPD-Zentrale von Moskaus Gnaden und von Moskaus Geldern aufzwingen.

Auch in den Betrieben gehen die Kommunisten durch die Angehörigen der proletarischen Hundertschaften ihren Terrorismus fort. Nicht genug damit, daß sie die Arbeiter, die mit ihrer Generalfstreikparole nichts zu tun haben und damit nichts zu tun haben wollen, so wenig wie mit der KPD, um einen erheblichen Lohnausfall gebracht haben, zwingen sie jetzt unsere Genossen zu erneuter Arbeitsniederlegung, weil der eine oder andere Revolvermuthelb nicht mehr eingestellt werden soll.

Im Rabeiswerk Oberspree wurden unsere Genossen heute morgen durch Stoßtrupps gezwungen, an einer wilden Betriebsräteversammlung teilzunehmen und durch die mit Rutenknäulen bewaffneten Hundertschaftsteile verhinndert, gegen den „einmütigen Beschluß“ auf Eintritt in die passive Resistenz zu zwingen, die zu erneuter Arbeitsniederlegung, zu erneutem Verdienstentgang führt, wenn nicht zur vorübergehenden Betriebschließung.

Die KPD-Betriebsräte müssen gegen den Hundertschaften-Terrorismus unbedingt Stellung nehmen.

### Kommunistische Betriebsräte-Praxis.

Die Firma Domagas u. Bach, Bildhauerei, Berlin N. 54, Beteronenstraße 28, machte ihren Arbeitern am 2. August ein Angebot auf Einführung von Indegliedern. Das Angebot wurde unter Führung des kommunistischen Betriebsrates Wenzel abgelehnt. Einem Inhaber der Firma gegenüber wurde das Angebot sogar von dem Schleifer Böse, Mitglied der kommunistischen „Betriebsorganisation“, als „unmenslich“ bezeichnet.

Run findet sich aber in der „Roten Fahne“ vom 11. August 1923, Morgenausgabe, eine Forderung der samojen „Jugendkammerkommission“, die sich fast genau mit dem von den Kommunisten eingelegten Vorschlag der Firma deckt.

Es hat einen gewissen Reiz, das abgelehnte Angebot der „kapitalistischen“ Firma und die Generalfstreikparole der „revolutionären“ Jugendkammerkommission miteinander zu vergleichen.

Die revolutionäre Forderung lautet am 11. August 1923:

1. Der Mindeststundenlohn für Arbeiter über 30 Jahre beträgt 60 Pf. (60 Freieidenspfennige = 284 000 Papiermark nach dem „Rote-Fahne“-Index v. 4. August. Als Arbeiter gelten alle Lohnempfänger.

2. Für qualifizierte Arbeiter sind entsprechend prozentuale Zuschläge zu zahlen.

3. Für gleiche Leistungen gleicher Lohn.

4. Für Jugendliche kann ein geringerer Lohn vereinbart werden, jedoch nicht unter 30 Pf. (Rehrlinge gelten als jugendliche Arbeiter.)

5. Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 17-20 Jahren ist eine Lohnstaffel zu schaffen, beginnend mit mindestens 40 Pf. Minimallohn.

6. Kriegsbeschädigte erhalten vollen Lohn und sind ihrer Zahl entsprechend auf die Betriebe zu verteilen.

7. Diese Grundstundenlöhne sind, solange es keine feste Währung gibt, mit einem zuverlässigen Feuerungsindex zu multiplizieren.

8. Als Grundlage der Indexberechnung gilt der Index der „Roten Fahne“, der aufgestellt ist nach Berechnungen vom Geheimrat Professor Dr. Rubener (Berlin) usw.

9. Der Index wird Mittwoch abends für das ganze Reich telegraphisch bekanntgegeben.

10. Die Lohnzahlungen erfolgen am Freitag. Am Montag erfolgt eine Abschlagszahlung in der Höhe von zwei Dritteln des Lohnes der Vorwoche.

11. Der Lohnwochenabschluss ist Donnerstag abends.

12. Bei verspäteten Lohnzahlungen oder Lohnnachzahlungen muß die Entwertung entsprechend berücksichtigt werden.

Der Erfolg der kommunistischen Betriebsratspolitik war, daß sich die Firma veranlaßt sah, sich am 7. August dem Arbeitgeberverband anzuschließen um zukünftigen, persönlichen Besichtigungen aus dem Wege zu gehen.

### Aussperrung bei Scherl.

Aus Anlaß des kommunistischen Generalfstreiks wurden vier Mann der Belegschaft von Scherl kristlos entlassen. Verhandlungen über die Wiedereinstellung der Entlassenen lebte die Geschäftsleitung kurzerhand ab und verbot zugleich die Abholung von Betriebsverhandlungen im Hause. Die Belegschaft habe das Haus sofort zu verlassen. Gestern vormittag verlor die Betriebsrat erneute Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen, wurde jedoch sofort aus dem Hause verwiesen unter Hinweis auf den Hausfriedensbruch.

Eine Belegschaftsversammlung morgen nachmittag 2 Uhr in den Urminhallen wird sich mit dem Stande der Dinge befassen.

Wie die TU. berichtet, hat die Firma August Scherl das gesamte technische Personal von mehr als 1000 Personen entlassen.

### Die Hafenarbeiter in Danzig

einigten sich am Montag auf einem Tagelohn von 4 200 000 M. Der Zuschlag für Böden von Munition beträgt 75 000 M. pro Stunde. Die beiden ersten Ueberstunden werden mit 1 000 000 pro Stunde entlohnt, die Nachstunden mit 1 200 000 M., Sonntagstunden mit 1 370 000 M. Im Lohn beschäftigte Frauen erhalten 245 000 M. für

die Stunde. Dieses Lohnabkommen gilt für die Zeit vom 13. bis 15. August, also nur für drei Tage. Im Streik stehen noch Holzarbeiter, Maurer und Klempner.

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortsrats des A.H.-Bundes morgen abend 6 1/2 Uhr in den „Andreas-Festhallen“, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Stellungnahme zu den letzten Vorgängen. Die Delegierten beider seitlichen Spitzenorganisationen sind verpflichtet, bestimmt und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert es. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit erfolgt keine schriftliche Einladung, sondern nur durch diese Bekanntmachung. Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimieren.

### USPD-Funktionäre im Gemeinde- u. Staatsarbeiterverband.

Freitag abend 7 Uhr, im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelauer 24/25, außerordentlich wichtige Versammlung. Stellungnahme zur Lage. Alle Funktionäre, Betriebsräte, Vertrauensleute, Vertrauensleute, Mitglieder der Verwaltungsorganen sind verpflichtet, zu erscheinen. Mitgliedsbuch und Parteipass sind vorzubringen. Die Mitglieder des Orts- und Erweiterungs-Verwaltung müssen unbedingt pünktlich erscheinen. Der Fraktionsvorsitzende.

Verband der Buchbinder u. Papiererzeugnisse, Tagespapiererzeugnisse. Morgen, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25. Versammlung für alle in Tagespapiererzeugnissen, in der Ueborg. Buchdruckindustrie und in den chronophilen Anstalten Beschäftigten. Die erforderten Lohnzulagen sind abgelehnt. Was ist zu tun? Wir erwarten, daß sämtliche Mitglieder an dieser Versammlung, die pünktlich eröffnet wird, teilnehmen. Die Versammlungsleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Freitag 4. August, Morgen, Donnerstag, 6 Uhr, im Saal 1, des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25. Bezirksversammlung.

Gesamt-Charlottenburg, Heimholzstraße. Morgen früh Arbeitsaufnahme. Der Betriebsrat.

### Reichstagung der Arbeiterjugend.

Nürnberg, 12. August. (Eig. Bericht.)

Die Rundgebung für Republik und Verfassung, die am Sonnabendnachmittag im Luisenpark unter ungeheurer Beteiligung jugendlicher Genosseninnen und Genossen der Partei und der freien Gewerkschaften stattfand, hat den Feinden der republikanischen Staatsform klar und deutlich gezeigt, daß eine Rückkehr zum alten System, zur Monarchie, durch den Willen der Arbeiterjugend für alle Zeiten unmöglich ist. Wer diese Rundgebung mit seinen Partnern, wird den Klaball, den die Menschmenge mit ihren Fahnen, Bannern und Wimpeln bot, nie vergessen. Arbeiterjugend und Arbeitermuskeln trugen mit zur Verherrlichung der Freiheit bei. Unerkannt muß ferner werden die Arbeit des Sozialistischen Ordnungsdienstes und der Auer-Garde, die für Ruhe sorgten, Kommunisten und Hakenkreuzler, in trauriger Gemeinschaft, verlustig oft Zwischenfälle herbeizuführen, was aber nicht gelang. Abgesehen von einigen Ungezogenheiten hakenkreuzgeschmückter Jünglinge, hat der Jugendtag sich sehr einen würdigen Verlauf zu verzeichnen. Nicht weniger als 42 000 Teilnehmer beherbergt augenblicklich Nürnberg und Umgebung. Mit besonderer Freude vernahm ein jeder die Nachricht, daß auch noch Amerikaner eingetroffen sind. Der Sonnabendabend brachte ein vielseitiges Programm. Viele besuchten die gut gelungene Jugendfeier, die im Saale des Industrie- und Kulturvereins stattfand. Im Stadtheater sprach der Sprechchor „Die Erlösung“ von Bruno Schönlank. Eine andächtige Gemeinde fand sich zur gleichen Zeit im Bau der alten St. Lorenz-Kirche ein, um ein gemischtes Konzert zu hören. Weiter gedachte man Hans Sachs und führte in der Meisterlinger-Kirche mehrere seiner Spiele auf. In der zehnten Abendstunde war das Programm beendet. Singend wurden die Quartiere aufgesucht, die die arbeitenden Schichten Nürnbergs bereitwillig zur Verfügung gestellt hatten.

Schon in den frühen Morgenstunden des Sonntags ertönt frischer Gesang in allen Gassen und Straßen. Kleine Jüge Jugendlicher beschließen unter kundiger Führung „Eingeborener“ die Stadt. Die Zeit muß ausgenützt werden, und es gibt viel zu schauen. Dann marschieren sie alle nach dem vor Nürnberg gelegenen „Schmausenhub“ zum Spielen und Tanzen hinaus. Schweden und Dösterreicher zeigen ihre Länge und ernten viele „Heil“-Rufe. Eine Jugendfeier im Freilicht-Theater folgt. Brögers „Reizung“ gelangt wirkungsvoll zur Aufführung, während die Berliner „Die Erlösung“ von B. Schönlank sprechen. Um 1/2 Uhr halten unsere ausländischen Gäste Ansprachen und versichern uns immer wieder, daß sie zur deutschen Arbeiterjugend stehen. Weigentänze folgen, und mancher neugierige Spieler, der hier zuseht, muß eingestehen, daß diese Jugend eine neue Jugend ist. Die Hermitagestunden verrinnen allzu schnell, und so muß der Marsch zu den Ehrenpforten angetrieben werden. Bald haben diese Rubeln mit Fleisch in hungrige Köpfe Eingang gefunden. Wer Privatquartier hat, speist man mit seinen Wirtskunden, denen es helle Freude bereitet, einem Schönen, einem Thüringer oder einem Berliner Unterkunft und Verpflegung gewähren zu können. Am Spätnachmittag tanzen die Jugendgenosseninnen und Genossen auf zwölf verschiedenen Plätzen der Stadt vor einer großen Zuschauermenge. Auch Nürnberg kleine Bürgerchor, die Kinder, spielen lustig und froh mit. Große und kleine Kinderherden haben schnell Freundschaft geschlossen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Abt. Die Sitzung der Kommunistischen Kommission fällt wegen der Kreismitgliederversammlung heute, Mittwoch, aus und findet am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Debrahn, statt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Felix Geiermann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler, Berlin; Fraktion: A. D. Wöhrer, Wilmersdorf; Redaktionen und Sonstiges: Fritz Rastbach, Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Glöck, Berlin.

Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Romeo**  
u. andere Vervielfältiger liefern preiswert  
A. Kietz & Co.  
Büro-Bedarf-Ges.  
W. 57, Frobenstr. 21

**TRAURINGE**  
in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechn.  
M. Dinse, Juwelier  
Lichtenberg, Frankl. Allee 202  
Nähe Bahnhof Lichtenb.-Friedrichsf.  
Teleph. Lichtenberg 3322

**Farbbänder**  
für alle Schreibmaschinen  
beliefern preiswert  
A. Kietz & Co.  
Büro-Bedarf-Ges.  
W. 57, Frobenstr. 21

Willst du preiswert  
**Hosen**  
kaufen, mußst du  
Hosen-Anders  
kaufen.  
A. Anders,  
Beusselstr. 25

**Wanzen**  
Motten, Läuse, Käfer, etc. kann jed. Leide in 3 Std. radikal beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien.  
Generalvertreter:  
Friedrichstraße 24.

**Wäschestoffe**  
für Leib- u. Bettwäsche  
Handtücher, Hemden, etc., Damast, etc., etc., etc.  
Züchsen, etc., etc., etc.  
billigsten Preisen  
S. Einhorn; Neukölln  
Herrfurthstr. 31  
(an d. Hermannstr.)

**Zahngebisse**  
Gold-, Silber-Bruch, Platin  
kauft zu höchstem Tageskurs  
Paul Schneider, Juwelier  
86 Gartenstr. 86  
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

**Zeitungsblätter**  
geb. kg 16000  
Danz. Zeitungsblätter  
zu den  
Neukölln  
Glasgasse, Reinholden  
Gemein. Str. 201.

**Durchschlag**  
Schreibmaschinen- u. Vervielfältigungsblätter  
liefern preiswert  
A. Kietz & Co.  
Büro-Bedarf-Ges.  
W. 57, Frobenstr. 21

**86 Gartenstr. 86**  
Paul Schneider, Juwelier  
86 Gartenstr. 86  
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!

**Zeitungsblätter**  
geb. kg 16000  
Danz. Zeitungsblätter  
zu den  
Neukölln  
Glasgasse, Reinholden  
Gemein. Str. 201.

**Vorher** entseilt, verbittert und krank **Nachher** gesund, frohlich und schlank

**Allen wird Hilfe**  
durch unser bewährtes  
Chalyssia-Rosett- und  
Leibbinden-Reform-System.

Es hat viele Tausende von bekümmerten Anfängern und von Schwerveren, von verzweifelt Kranken und Deschwerden wieder freigemacht. Bei Normalen und Schwachen erhöht es Schlankheit, Diegestalt, Wohlbehagen, Kraftgefühl und Lebenslust.

Druckmaschinen frei.  
Proklamum 1922/23 i. St. 1100 Mark.

**Reformhaus Chalyssia Paul Garmy**  
Berlin, Wilhelmstr. 37. Preisbema. Meinhof, 34.  
Leipzig, Neumarkt 40; Dresden, Schloßstr. 18; München, Marienplatz 29.

**Schreibmaschinen**  
auch russische und Reise-Maschinen.  
liefern preiswert  
A. Kietz & Co.  
Büro-Bedarf-Ges.  
W. 57, Frobenstr. 21

**Volkskleidung**  
**Hosen**  
Gummimantel Sport-Anzüge  
Manchester u. Loden  
Hemden, Socken  
Unterhosen  
Bernaikleidung  
Gute Ware!  
Billigste Preise!  
Gerh. Köhnen  
Neukölln  
Hermannstr. 76/77

**Typendrucker**  
liefern preiswert  
A. Kietz & Co.  
Büro-Bedarf-Ges.  
W. 57, Frobenstr. 21

**Von unten auf**  
Ein neues Buch der Freiheit

Gesammelt und gestaltet von Franz Diederich

Schön in Halbciecen geb.  
Preis-Grundjahr M. 3.—  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 2

**Metalbetten**  
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Subl. Tsch.